

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsbestellern und in allen Buchhandlungen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugpreis monatlich (mit Post 2,50 M., halbjährlich 12,50 M., durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 250 / Postfachkonto: Dresden Nr. 15 090, Dresdener Verlagsgesellschaft  
Schmiedeleitung: Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochenläge 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

4. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 7. Juni 1928 Nummer 131

## Koalitionsbeschluss in Köln

9 Millionen Wählerstimmen das Sprungbrett für Ministerstempel / Reichsfinanzminister Müller / 5 Ministerplätze für die SPD  
Kapitulation der Opposition / Regierungsmanöver in Preußen

### Kein Parteitag der SPD

Berlin, 7. Juni. (Sig. Drahtbericht.)

Die Sitzung des Sozialdemokratischen Parteivorstandes in Köln brachte das von uns erwartete Ergebnis, daß die SPD zur Koalition mit aller Macht zuweilen. Die Beratungen endeten mit der Annahme folgender Resolution:

Mit dem Ergebnis der Reichstagswahlen hat das deutsche Volk den Willen bekundet, daß die Sozialdemokratie die Führung der Regierungsbildung übernimmt. Der Parteivorstand erklärt sich damit einverstanden, daß die Forderung der notwendigen Verhandlungen hierüber einleitet.

Der Koalitionsvorschlag Hermann Müller-Franken hielt das Zentrum bereit. Er formuliert eine Forderung dahin, daß in der jetzigen Situation die Große Koalition das Gegebene sei. Die Mehrheit trat dieser Auffassung bei. Die Opposition lehnte sich in der Hauptsache aus Vertretern aus Thüringen und Sachsen ab. Es wurde weder über Fraktionsfragen noch über Normalisierung von Bedingungen gesprochen. Die Sozialdemokratie will lediglich vier bis fünf Sitze im Reichskabinett belegen, darunter die Reichsfinanzministerstelle mit Hermann Müller, Reichsinnenminister mit Essener, sowie das Reichsfinanzministerium mit Siffriding. Die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages wurde abgelehnt. Es herrschte, nach dem Verweis, so gut wie „Einstimmigkeit“. Vor der Sitzung des Parteivorstandes der SPD fand zwischen der sozialdemokratischen Parteileitung und einflussreichen katholischen Persönlichkeiten eine Aushandlung statt, um die Gruppe des Zentrums zu gewinnen, die nicht nur eine formelle, sondern eine aktive Beteiligung an der Regierung will, im Gegensatz zur Richtung „Einsamkeit“, der dem neugewählten Reichstag und der Bildung der Regierung durch die Sozialdemokratie feindselig gegenübersteht.

Erste begibt sich Eber auf dem zum Reichspräsidenten, und danach wird Hermann Müller-Franken von Hindenburg ernannt werden.

### Wahlpartei koalitionsbereit

Berlin, 7. Juni. (Sig. Drahtbericht.)

Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei trat gestern in einer Sitzung zusammen. Es herrschte Einstimmigkeit darüber, daß der Wahlausfall der Sozialdemokratie die Verpflichtung auferlegt, die Verantwortung bei der Regierungsbildung zu übernehmen.

## Landtag und Regierung in Sachsen

Heute tritt nach den Wahlen der Sächsische Landtag zusammen. Die erste Sitzung behandelt eine Anzahl Etatsposten, eine Anfrage über die sächsisch-thüringischen Grenzverhandlungen.

Der kommunistische Antrag auf Auflösung des Landtags wird voraussichtlich nächsten Donnerstag behandelt werden. Der kommunistische Antrag tritt dann heute mit, daß dieser Antrag mit Stimmen abgelehnt werde. Da gestern eine interfraktionelle Sitzung der Regierungsparteien stattfand, kann man die Meinung als das Ergebnis dieser Besprechung werten. Die Parteien, die in Sachsen die Regierung bilden, wollen sich nicht zur Wahl lassen. Sie halten mit aller Kraft fest an ihren Positionen, obwohl sie doch, daß sie bei einer Neuwahl gewinnlos verlieren würden. Für die Arbeiterklasse muß diese Verteilung ein Signal sein, die Forderung der KPD nach Auflösung dieses Landtages zu unterstützen. Sofort muß in den Betrieben Stellung genommen, die Auflösung dieses Landtages mit aller Kraft befördert werden.

Gleichzeitig teilt der Anzeiger mit, daß an eine Regierungsbildung jetzt nicht gedacht sei. Die nach der Reichstagswahl aufgelauchten Stimmen, daß eine Veränderung der Regierung wegen des Rückgangs der KPD-Stimmen eintreten würde, sollen nachlässig nicht beantwortet werden. Zu der Frage der Regierungsbildung soll erst im Herbst nach den Sommerferien Stellung genommen werden. Hier zeigt sich deutlich die Spekulation einiger bürgerlicher Parteien, insbesondere wohl der Demokraten, darauf, daß sie nach den Sommerferien auch in Sachsen die Frage der Großen Koalition mit der SPD aufwerfen können. Bis dahin wird die SPD sich im Reich als Koalitions-partei bewähren haben. Hermann Müller und Wels werden das ihre tun, um auch die sächsischen „Linken“ zur Koalition mit dem Bürgertum zu bringen.

Der Vorsitz der Saupé, Freitag und Freigier in Leipzig, der Anteil Rath in der Chemnitzer Volkstimme, das absolute Schweigen aller sächsischen SPD-Zeitungen vom Mittwoch zur Koalitionsbildung zeigen, daß man sich auch in Sachsen auf diesen Weg befindet.

nehmen. Die Volkspartei erklärt sich zu Verhandlungen in der Frage der Regierungsbildung bereit, wenn sie auf der Basis der Großen Koalition gebildet würde. Eine Beteiligung sei nur möglich, wenn sowohl bei Zusammenlegung, als auch in sachlicher Hinsicht bei Aufstellung des Arbeitsprogramms ihr Rechnung getragen wird. Die Tägliche Rundschau, das Organ Stresemanns, folgert daraus, daß die Volkspartei im Hinblick auf die Regierungsverhandlungen im Reich auch Achtung auf eine gleichartige Koalition in Preußen geben muß.

Unter den sozialdemokratischen Arbeitern macht sich ein wachsender Widerstand gegen die Bildung der Großen Koalition durch die SPD-Führer bemerkbar. Trotzdem streuen die SPD-Führer auf die Große Koalition zu und versuchen nur durch gewisse Maßnahmen die sozialdemokratischen Arbeiter zu beruhigen und ihren Widerstand nicht noch mehr zu reizen. Dazu gehört u. a., daß die SPD-Führer vorerst von einer Umbildung der preußischen Regierung von der Weimarer Koalition zur Großen Koalition Abstand nehmen wollen, und (wie schon berichtet wurde) die Bildung der Großen-Koalitions-Regierung in Preußen bis in den Herbst zu verschieben gedenken. Die SPD-Führer glauben, daß sich bis zu diesem Zeitpunkt die Empörung der sozialdemokratischen Arbeiter über die Bildung der Großen Koalition im Reich gelegt haben wird und man ihnen dann ohne größeren Widerstand auch die Große-Koalitions-Regierung in Preußen präsentieren kann.

## Zur Eröffnung des Preussischen Parlaments

Von Hugo Eberlein

Heute tritt der Preussische Landtag zusammen und es ist kein Zweifel, daß der Ministerpräsident Braun ein Loblied auf die Preußenkoalition singen wird, so wie es hunderttausende von sozialdemokratischen Rednern im Wahlkampf draußen im Lande taten.

Im Wahlkampf war die Preußenkoalition losgerissen der SPD der Sozialdemokraten; sie taten, als ob die Regierung der Preußenkoalition im Gegensatz zum Bürgerblock im Reich die Interessen der arbeitenden Massen in den letzten Jahren vertreten habe.

Die preussische Koalitionsregierung hat allerdings ein Mutterbeispiel für das Zusammenarbeiten bürgerlicher Kapital-

Ob dieser keine Plan der SPD-Führer gelingen wird, ist noch sehr fraglich, und hängt von der Haltung ihrer bürgerlichen Koalitionsbrüder ab, die ihren Eintritt in die Große-Koalitions-Regierung des Reiches immer mehr von der gleichzeitigen Bildung der Großen Koalition in Preußen abhängig machen. So soll das Zentrum die Forderung erhoben haben, daß wenn ein sozialdemokratischer Reichsminister ernannt werde, das Zentrum dann Anspruch auf den Ministerpräsidenten in Preußen stellt. Die DDP läßt sich zu dieser Frage folgendermaßen aus:

„Um jeden Preis möchte Braun vermeiden, daß bei den Regierungsverhandlungen im Reich die preussische Koalitionsverhältnisse eine Rolle spielen; er möchte es dabei belassen, daß die Weimarer Koalition durch den Sieg vom 20. 5. bestätigt und unantastbar gemacht worden sei. Das Zentrum freilich, das bei diesem Sieg schwere Verluste erlitten und der demokratische Partner denken anders. Ihnen muß daran liegen, die Löwenjagd mit der übermächtig gewordenen Sozialdemokratie mindestens durch einen annähernden Ausgleich der Machtverhältnisse zu verändern (!!) . . . Und wenn Herr Braun sich seiner eigenen, früher des öfteren abgegebenen Bekenntnisse zur Großen Koalition erinnert; wenn die Deutsche Volkspartei aus ihrer (vielleicht etwas zu weit getriebenen) Reserve hervortritt, sollte es möglich sein, die Regierungsverhandlungen im Reich durch eine Verständigung in Preußen vorzubereiten, d. h. möglicherweise wesentlich zu erleichtern.“

Das ist deutlich. Im Interesse der deutschen Arbeiterklasse wäre es nur zu wünschen, wenn die sozialdemokratischen Führer gezwungen würden, mit ihren Koalitionsbestrebungen im Reich auch zugleich für Preußen offene Türen zu belassen.

„wenn man sich von dem schmüligen Gerede der sozialdemokratischen Minister nicht blenden läßt und nur die nackten Handlungen der Preußenregierung beurteilt — klipp und klar weißt, daß bei dieser Zusammenkunft nur die Interessen der Kapitalisten, keineswegs aber die Interessen der Arbeiter vertreten worden sind. Die Preußenkoalition hat ebenso wie der Bürgerblock im Reich ausschließlich gegen das Proletariat regiert.“

Die Sozialdemokratie wies in diesem Jahre immer darauf hin, daß die Preußenregierung „nicht mehr leisten“ konnte, weil sie in ihren Maßnahmen gebunden, das heißt, abhängig von der Reichsregierung sei. Dabei steht aber fest, daß die Reichsregierung außer der Finanzverwaltung keine Hoheitsverwaltung hat. Die innere Verwaltung, die Ausführung aller Gesetze, ist Sache der Länder. Wo hat aber die Preußenregierung ihren entscheidenden Einfluß auf das Reich ausgeübt?

Selbst der Sozialdemokrat Dr. Eberlein weist in Nr. 11 der Zeitschrift „Der Klassenkampf“ darauf hin, daß die Preußenregierung, die im Reichsrat und damit dem Bürgerblock gegenüber entscheidenden Einfluß besitzt, diesen Einfluß nirgends im Interesse der Arbeiter ausgenutzt hat!

Sie hat im Jahre 1925 die schamlose Schulkassenreform im Reichsrat geschlossen. Sie hat im gleichen Jahre den Aufwertungs-gesetzen, die die Wähe des kleinen Mittelstandes und der Bauern enteignete, und dem Großbetriebs Miliardern in den Taschen warf, zugestimmt.

Sie hat dem reaktionären allgemeinen deutschen Strafgesetzbuch seinen Widerstand entzogen.

Die sozialdemokratische Preußenkoalition hat der Aufrechterhaltung der Todesstrafe zugestimmt. Sie hat nach einer anfänglichen Scheinopposition selbst die gewaltigen Mittel für den neuen Panzerkreuzer bewilligen lassen.

Alle diese nur im Interesse der Bourgeoisie stehenden Gesetze wären gegen den Widerstand der sozialdemokratischen Preußenregierung unmöglich gewesen. Durch ihre Scheinopposition hat sie die Arbeiter getäuscht, die Interessen der Bourgeoisie wahrgenommen, das deutsche Proletariat auf das schlimmste betrogen.

In Preußen steht es nicht anders aus. Die Sozialdemokratie ist besonders stolz auf die preussische Polizei. Während die preussische Polizei vor dem Kriege 70 Millionen kostete, wurden im letzten Etatsjahr nicht weniger als 262 Millionen Mark nur für die Polizei bewilligt. Sie hat diese Polizei mit dem Schießsel und dem Gummiknüppel ausgerüstet und es vergaß kaum ein Tag im Jahre, wo nicht ein Arbeiter erstickt oder zum Krüppel geprügelt wird. Gerade die letzten Ereignisse in Charlottenburg, beim Stahlhelmsparade in Hamburg, in Altona und Hamburg, beim Frontkämpfertag in der Franzfurter Allee, zeigen den ganzen arbeitervfeindlichen Charakter dieser Polizei. Die preussische Polizei ist ebenso wie die Reichswehr im Reich ein höheres Machsinstrument in den Händen der Bourgeoisie, das diese ausschließlich gegen das Proletariat gebraucht. Die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten, dieser sozialdemokratischen Innenminister, sie sind die Hausrechte der Bourgeoisie und nichts anderes.

Ebenso steht es mit der preussischen Justizverwaltung. Seit nun nur diese Richter an — sie sind die bezahlten Krenten der Bourgeoisie. Sie verurteilen mit einer geradezu sadistischen Willkür jeden Arbeiter, der in ihre Armut kommt. Und sie behandeln die Angehörigen der Bourgeoisie ebenso wohlwollend, wie sie dem Proletariat gegenüber brutal auftreten.

Ebenso steht es mit der Kirche, während 1890 unter der Führung Bismarcks der Kirche 13 Millionen Mark im Jahre in den

C  
memories  
Wirtschaft  
6324  
6325  
6326  
6327  
6328  
6329  
6330  
6331  
6332  
6333  
6334  
6335  
6336  
6337  
6338  
6339  
6340  
6341  
6342  
6343  
6344  
6345  
6346  
6347  
6348  
6349  
6350  
6351  
6352  
6353  
6354  
6355  
6356  
6357  
6358  
6359  
6360  
6361  
6362  
6363  
6364  
6365  
6366  
6367  
6368  
6369  
6370  
6371  
6372  
6373  
6374  
6375  
6376  
6377  
6378  
6379  
6380  
6381  
6382  
6383  
6384  
6385  
6386  
6387  
6388  
6389  
6390  
6391  
6392  
6393  
6394  
6395  
6396  
6397  
6398  
6399  
6400  
6401  
6402  
6403  
6404  
6405  
6406  
6407  
6408  
6409  
6410  
6411  
6412  
6413  
6414  
6415  
6416  
6417  
6418  
6419  
6420  
6421  
6422  
6423  
6424  
6425  
6426  
6427  
6428  
6429  
6430  
6431  
6432  
6433  
6434  
6435  
6436  
6437  
6438  
6439  
6440  
6441  
6442  
6443  
6444  
6445  
6446  
6447  
6448  
6449  
6450  
6451  
6452  
6453  
6454  
6455  
6456  
6457  
6458  
6459  
6460  
6461  
6462  
6463  
6464  
6465  
6466  
6467  
6468  
6469  
6470  
6471  
6472  
6473  
6474  
6475  
6476  
6477  
6478  
6479  
6480  
6481  
6482  
6483  
6484  
6485  
6486  
6487  
6488  
6489  
6490  
6491  
6492  
6493  
6494  
6495  
6496  
6497  
6498  
6499  
6500

SLUB  
Wir führen Wissen.

Rachen gemacht wurden, demüßigte im letzten Jahre die sozialdemokratische Koalitionsregierung in Preußen für die Größe allein 70 Millionen Mark. Dagegen sind für die sozialen Forderungen des Staates Mittel nicht vorhanden. Für die Tuberkulosebekämpfung wurden 500 000 Mark bewilligt, zur Förderung der Jugend 200 000 Mark bewilligt, zur Förderung der Pferdebahn in Preußen dagegen, also für den Sport der Bourgeoisie, nicht weniger als 2 760 700 Reichsmark.

Genau so unzulässig sind die Maßnahmen der sozialdemokratischen Koalitionsregierung auf dem Gebiete des Mieterschutzes: die durch die Hauszinssteuer den Kleinmietern abgenommenen Milliarden werden nicht zum Wohnungsbau, sondern für die Interessen der Bureautroie und der herrschenden Klasse verwendet. Die weitgehende Forderung des Mieterschutzes hat Tausende von proletarierten Kleinrentnerbetreibenden beraubt die Erträge gekostet. Hier ging Preußen voran, Schmutzgeld für die Bürgerkassen im Reiche und hob generell den Mieterschutz für die gewerblichen Räume auf.

Auch hier wurde wieder ganz besonders den Agrarern gedient. Der ländliche Hausbesitz wurde in Preußen von der Hauszinssteuer ausgenommen. Von 13 Milliarden Mark Steuern im Jahre 1927 der landwirtschaftliche Grundbesitz 90 Millionen, das sind 0,69 Prozent. Die preussische Regierung gab aber im gleichen Jahre für Agrarwerke 139 Millionen aus; während die Landarbeiter wie die Hunde leben, mühen sich die Großgrundbesitzer. Ihre Einkommen steigen ins Unermessliche.

Nicht schamloser als ein Privatkapitalist zeigt sich die sozialdemokratische Koalitionsregierung ihren eigenen Arbeitern gegenüber. Den Bergarbeitern in den preussischen Staatsbetrieben geht es noch schlechter als den Arbeitern in der Privatindustrie. Das schamlose Verhalten der preussischen Regierung in der „Preussag“ ist von uns in diesen Jahren wiederholt gebrandmarkt worden. Keine Sicherung des Achtstundentages, keine Streikunterschiede in den Staatsgruben und die erbärmlichsten Löhne — das ist die soziale Arbeit der sozialdemokratischen Koalitionsregierung.

Die enge Zusammenarbeit der Sozialdemokratie mit dem Zentrum hat eine weitere Klerikalisierung in Preußen mit sich gebracht. Die Verpfändung der Schule, die Auslieferung der Bevölkerung an die Kirche und die schon im Gange befindlichen Verhandlungen über den Verkauf der Kirchenlandschaften charakterisieren den reaktionären Weg, den diese Regierung geht.

Das Verhalten der sozialdemokratischen Koalition in der Frage der Arbeiterkassenbildung zeigt dasselbe Bild.

Die gewaltige Volksbewegung, die damals das deutsche Proletariat zusammenführte, wurde von dieser Koalition abgewürgt, indem sie den hohenzollern Hunderte von Millionen in den Taschen warf.

So geht es auf allen Gebieten der Preußenpolitik. Nicht nur täglich wiederkehrender Beitrag der Arbeiter, nicht nur Arbeitslosigkeit, Täuschung des preussischen Proletariats bei dieser Regierung mit sich gebracht, sie verhindert gleichzeitig, daß die noch in den bürgerlichen Parteien lebenden Arbeiterkassen zum Klassenbewußtsein erweckt, sich in die Kampffront der Arbeiterklasse einreihen.

Warum sollte ein Zentrumsarbeiter, der den Weg zur kommunistischen Partei noch nicht findet, sich vom Zentrum lösen, wenn er jahrein, jahraus sieht, wie die Sozialdemokratie in Preußen jede reaktionäre Maßnahme des Zentrums unterläßt, billigt und durchführt?

Die Preussische Koalition beweist, daß die Sozialdemokratie in der bürgerlich-kapitalistischen Republik nur bürgerlich-kapitalistisch regiert. Die preussische Koalition ist nichts anderes als eine bürgerlich-kapitalistische Regierung, in der die Kapitalisten herrschen gegen das Proletariat, in der die Sozialdemokraten nur die Lakaien der kapitalistischen Herren sind.

Daraus ergibt sich die Stellung der kommunistischen Partei zur preussischen Koalition. Wir werden wie bisher gegen diese preussische Koalitionsregierung den Kampf mit aller Rücksichtslosigkeit und aller Schärfe fortführen. Wir werden den Arbeitern vor dem Sozialdemokraten in der preussischen Koalition immer von neuem brandmarken, wir werden bei jeder möglichen Gelegenheit dieser Preussenkoalition unser Mißtrauen aussprechen, wir werden sie zu stürzen versuchen, wo sich eine Möglichkeit dazu bietet.

Die Aufgabe der kommunistischen Partei und der kommunistischen Fraktion im Preussischen Landtag bleibt, wie sie war: die Illusionen, die heute noch in der Arbeiterklasse, besonders noch in der sozialdemokratischen Arbeiterklasse, über diese Preussenkoalition vorhanden sind, zu zerstören. Die Zusammenführung der Arbeiterklasse auf dem Boden des Klassenkampfes zum Kampfe gegen die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft und gegen die erbärmlichen Lakaien dieser bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, die Sozialdemokraten in der Preussenkoalition — das ist unsere Aufgabe im Parlament. Und diese Aufgabe wollen wir lösen. Schulter an Schulter mit den Klassenbewußten Arbeitern im Betriebe, in der Werkstatt und in den elenden Hütten der Landarbeiter. Hand in Hand mit ihnen werden wir die Klassenfront des Proletariats verbreitern, werden wir die Einheitsfront der deutschen Arbeiter zum Befreiungskampfe des deutschen Proletariats führen.

## Sozialdemokrat Braun wünscht dem Reaktionen Feld noch lange Regierungstätigkeit

Berlin, 7. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Der preussische Ministerpräsident Dr. Braun hat dem bayerischen Ministerpräsidenten Feld die Glückwünsche des preussischen Staatsrates übermittelt und den Wunsch ausgesprochen, daß es Dr. Feld vergönnt sein möge, „seinem geliebten Vaterlande mit vorbildlicher Hingabe zu dienen, zum Wohle Bayerns und unseres gemeinsamen deutschen Vaterlandes“.

Kommentar überflüssig.

## Die ägyptische Helena

Oper von Strauß und Hoffmannsthal  
(Uraufführung in der Staatsoper)

Theatrum mundi! Welttheater! So orakelte es delphisch seit langem durch die bürgerliche Presse. So schloß es delphisch über die brandenden Wogen von Kompetenzwierigkeiten, Uraufführungsrechtsstreitigkeiten, Besetzungskrisen und besänftigte die Allzumilden. Denn dies war das letzte Werk, das in der Arbeitergemeinschaft Strauß-Hoffmannsthal heranwuchs (Elektra, Rollenpassier, Ariadne auf Naxos, Iphigeneie, Die Frau ohne Schatten, Helena). Was würde es sein??? Das eben war die Frage!!! Der reitende Abend hat sie gelöst. Die ägyptische Helena ist ein Spitzprodukt raffiniert verfeinerter Kunstgeschmackes, ohne jede Ablicht (ähnliches betonte auch Strauß' Biograph, Prof. Specht, in der letzten Morgenfeier von Strauß' Schaffen überhaupt), den Massen nahe zu kommen. Wenn trotzdem diese Oper ein Kassenerfolg werden wird, so deshalb, weil um sie der Nimbus eines großen Namens und eines europäischen Ereignisses schwebt... und vor allem... weil für die Inzisierung dieses Werkes „fast unerschöpfliche Mittel“ verbracht wurden. In Summa: das amerikanische Moment wird Geltung zu schaffen wissen. „Man“ muß die — Toiletten der Reithöhe geben haben. Das ist keine griechische Helena mehr. Das übertrifft im Herrenden Licht der Scheinwerfer den raffiniertesten Repertoire. „Man“ muß die Schimmel mit den Strauß-Neureichen, den „Himmelstauen“ Satteldecken und den goldschlundernden Schabracken versehen haben, auf deren einem Hermione, Helenas und Menelas Tochter sitzt, gänzlich in Goldrotol gekleidet. Die im sozialen Sinne verbrecherische Pracht des Grünen Gemolbes läßt über allüber zu funkeln, so daß der selbige Hoffmannsthal die süßsten Wünsche seiner aristokratisch-delabanten Phantastie erfüllt sah. Es war eine einzige Glorifikation des Götzkammermann. Jenseits und diesseits der Hampe. Parzell und Ränge dichtgefüllt von feierlichen Träden und blendenden Abendtoiletten, von weißen Hemdbürsten strahlen, Dekorationen. Die Frauen der Blütokratie waren gelächelt, in daß noch über der verschleierten ein Hauch von „Schönheit“ und

unerhörtester Luxus, Gesundheit, Schönheit, Sitttheit! Und so bezieht das „Volksbildungsinstitut seinen großen Abend!

Es war aber nur äußerlich Welttheater. Der Gehalt dieser Operndichtung ist schwach. Es sei hier kein mathematisches Sprachlein aufgeführt. Das Proletariat hat Wichtigeres zu tun, als im Staub der Antike herumzuwühlen. Es winnt jeder Kunst, die sich nicht in den Dienst des tätigen Lebens stellt, den Tod... den sie verdient. — Helena, Gattin des Menelas, galt für das schönste Weib der Antike. Um ihrer willen brach der iranische Krieg aus, in dem die Männerblüte Griechenlands hinschlachtet wurde. Dieses historische Thema wählte Hoffmannsthal nicht. Er ersann sich eine Fabel. Eben die ägyptische Helena. So verworren die Handlung sich dem Auge des „Reichwunders“ darstellt, so entsetzlich einfach, ja dürftig ist sie. Das heißt, eigentlich ist sie garnicht, sie ist ein nar. Das freilich in raffiniertem Maße. Menelas will Helena, die Buhlerin und Vätertkörnerin, als Einnepheer schlachten (sympathische Könige damals). Er kommt aber nicht dazu, denn Kithra, nochmals eine Königs-tochter, ferner Geliebte des Menelas, auch ein Reichwunder, und außerdem Jaulderin, trätet ihm mit süßem Salbe des Kotos, der Vergessen bringt. Und so muß sich alles, alles wenden und das Spiel in Freude enden. Nach Verlobung eines weiteren kleinen Kindes an einem platonischen Wüsten-Liebespaar (oh, es geht nichts über Hoffmannsthals krankhaft wuchernde Phantastik!) jaulbert die Jaulderin jenseitlich den „Jaulder“ zu Ende. Warum nur ist ein Meister wie Richard Strauß einem Talent wie Hoffmannsthal verfallen? (Der in jenem handlungsunwürdigen, wenn auch sprachlich schönem Balletto logar vor gelegentlichen Trivialitäten nicht zurückdrückt! „Deine, deine — Ungetreue — ich werde überm — Geißle der Neue“ — oh Jaulde, wie wird dir, wo nicht dein Kopf?)

Freilich, was Richard Strauß auf Grund dieses Textes musikalisch dargestellt hat, ist und bleibt gemeingaltig. Keine einschmelzende Melodie, keine Note, die zum erstenmal einem neuen Ohr eingeht, aber eine unerschöpfliche fast tropisch wuchernde Musik ist in dieser strahlenden Partitur niedergelegt. Die Fremdwort dominiert, der Sturmwind heult; in den Säulen, die in den Höfen führt, eine ganz gemächliche kummliche Leistung

# Gehr schweigm

über die Bildung der Koalitionsregierung ist die Volkszeitung seit einigen Tagen. Auch gestern bringt sie über dieses unangenehme Thema kein Wort. Vielmehr reden konnte die SPD Freise dabei über einen Austritt aus der Partei. In großer Aufmachung bringt die Volkszeitung eine Mitteilung vom dem Leiter der Arbeitsinvalidenorganisation, Kurt Gäbler, der mit seiner Einstellung von jeder im Lager der Reformisten hand, der sich noch hets weigerte, die Politik der SPD durchzuführen, so daß er für den Kommunismus nur ein Kapitalisten war, hat seinen Austritt durch einen besonderen Brief an die SPD-Presse bekanntgemacht.

In diesem Schreiben wiederholt Gäbler nur die Schimpereien, die die gesamte SPD-Presse seit Wochen gegen die Kommunisten vollführt. Es lohnt sich nicht, weiter darauf einzugehen. Ein Mann, der die Partei, die sich gerade anbahnt, mit den Schwerindustrialisten eine Regierung zu bilden, also eine Partei erwehlt, der Rechte, den wütendsten Kommunistenfeind, in Schach nimmt, und die reformistische Politik der Leitung der Arbeitsinvalidenorganisation verteidigt, hat eben mit Kommunismus und Klassenkampf nichts zu tun.

Die SPD trägt diesen Verlust leicht. War doch die Organisationsunfähigkeit Gäblers eher eine Hemmung als eine Hilfe im Kampf. Gäbler mochte wohl gefühlt haben, daß die Partei ihn vor die Konsequenzen gestellt hätte, entweder wirklich auf die Seite des revolutionären Proletariats zu treten, oder aus unieren Reihen zu verschwinden. Seine Wahlhilfe für die SPD hätte die Partei ihm nicht gestimmt. Wir können Gäbler der SPD.

Über Antoninger hier zu schreiben, hätten wir nicht für notwendig. Wenn er der Einladung der SPD Folge leistet, wir haben nichts dagegen.

## Antwort an Eugen-Heilbut

Zum Ausschluß Körners

Es war vorauszuweisen, daß die SPD in Freiheit den Ausschluß Körners aus der kommunistischen Partei in einer der üblichen wütenden Hefe gegen die SPD benützen würde. Die sämtliche Gelegenheiten über den Fall Körner hinwegzulenken, wollte man sich selbstverständlich nicht eingehen lassen. Der Redakteur der Freitags Volkszeitung, Heilbut, gibt sich gegen alle Mühe, den Ausschluß Körners in gemeiner und niedriger Weise zu einer persönlichen Heide gegen mich auszunutzen. Was ist auch von einem Menschen anders zu erwarten, dessen geistliche Armut inästliche und politische Argumentation gegen einen politischen Gegner von selbst ausbricht. Herr Heilbut bedauert mit seiner neuen Eufonie, wie recht ich hatte, als ich ihn vor einigen Wochen einen Dreckschnecken, Vögler und Verleumdung nannte. Aus jeder

Zeile des geistigen Pamphlets spricht der Haß und die unerschöpfliche Heide gegen mich. Wenn ich es bisher ertragen habe, auf die mehrmaligen persönlichen Anpöbeleien in der Freitagszeitung zu antworten, so deshalb, weil es leichter ist, mich zu zeigen, Herr Heilbut, der letzte Junge proletarischer Christlichkeit und journalistischen Anstandes vor die Hunde gegangen ist. Die Art der Aufmachung Ihres geistigen Pamphlets haben Sie erneut den Nachweis geliefert, wie vorzüglich Sie die Kraft gewinnend und struppeliger Erwidrer beherrschen. Die Methode ist jedoch zu plump, als daß nicht jeder endlich denkende Arbeiter ihre Gemeinheiten erkennen würde. Durch Ihren demagogischen Schlußsatz „Im übrigen haben wir keine Ursache an persönlichen Entgegnungen kommunistischer Führer“ wird die übliche Methode noch schlimmer. Sie reden von Keilrichtigkeit, Herr Heilbut? Hätten Sie lieber davon geschwiegen, das sich Sie und Ihrer Partei sehr schlecht an.

Nun einige Bemerkungen zum Fall Körner. Bewußt Schwindeln eines notorischen Lügners zu widerlegen, ist unmöglich. Das trifft auch auf die Behauptung zu, ich sei von den Beschlüssen Körners unterrichtet gewesen, also ich mich noch in der Nähe gab, die Unterschlagungen Rahms in vertuschelt. Die Verdächtigungen und Behauptungen ändern nichts an der Tatsache, daß die SPD den Stadtverordneten Körner ausgeschaltet hat, sobald die Beschlüsse Körners von der Partei festgestellt wurden. Wir haben keinerlei Interesse etwas zu verschweigen, denken gar nicht daran, Verschönerungen in einschuldigen. Gestehen Sie mir unterdessen wir uns ja von Ihrer Partei. Es aber werden auch die Arbeiter begreifen.

Es ist schon ein Unheil, wenn ein Arbeiter, der zu Tausendmalen gemahnt wurde, und monatelang arbeitslos war, sich eine Vertiefung zuzulassen kommen läßt oder er als ein mit 700 Mark Monatslohn bezahlter Parteiführer in einem halben Jahre 6000 Mark oder noch mehr, unterschlägt.

Dann aber, Herr Heilbut, begreifen Sie mittelst, daß der Stipendiat von Berlin noch immer der Bekannte Ihrer Partei ist. Sie verschweigen so idiosyncrasisch (aus Keilrichtigkeit) daß die Heilmann, Richter, Veinert, Wachsmund und ungezählte andere noch immer der Partei angehören.

Was die SPD aber bewogen den Ausschluß Körners zu verurteilen, war der Mißbrauch des Vertrauens, das die Partei auf die Leitung der FAH in Körner gesetzt hatte, ganz abgesehen davon, ob ihm juristisch materielle Verfehlungen nachzuweisen sein werden. Herr Heilbut hat keine Freie haben, weshalb er am allerwenigsten das Recht, der Partei irgendwelche Vorwürfe zu machen, zumal es ja in den eigenen Reihen und in benachbarten Nähe in Freiheit genügend zu laubern gibt. Wir vermeiden nur an die moralische Vertormenten eines ihrer Repräsentanten, was uns dabei auf den Fall W. Sollte diese Vertorment nicht genügen, können Sie, Herr Heilbut, und die Defektisten durch uns mehr erfahren. R. Schüller.

## Protest gegen die Fensterjuttia

Kundgebung gegen das italienische Schiedsgericht  
Ein Angriff auf die italienische Botschaft in Berlin

Berlin, 7. Juni. (Eig. Drahtbericht.)  
Gegen 21,45 Uhr ertönte gestern in der Viktorialstr. eine Kampferfah vor der italienischen Botschaft ein Rül: „Nieder mit dem Bluthund Mussolini!“ und gleich darauf sprangen eine große Anzahl von Steinen gegen die Botschaft, so daß alle Fenster der unteren Geschosse zertrümmert wurden.

In kurzer Zeit war das Ueberfallkommando zur Stelle; es konnte aber niemand festgehalten werden. Am Boden selbst fand man Flugzettel „Nieder mit Mussolini!“ und der Aufforderung, sich am Freitag an der Annehmelundgebung im Sportplatz zu beteiligen. Als der Berichterstatter der „Roten Röhre“ am Tatort eintraf, hatten sich zahlreiche Gruppen von Arbeitern angelammelt. Die Arbeiter diskutierten über die Schandurteile in Italien, die mehr als 300 Jahre Zuchthaus für die kommunistischen Führer brachten. Alle Unberücksichtigten billigten die Zertrümmerung der Fensterscheiben und wandten sich gegen das Treiben Mussolinis in Italien.

Nach am Abend erschien der Berliner Polizeipräsident, um im Namen des Polizeipräsidenten und der Behörden dem Botschaftler sein Bedauern über den Vorfall auszusprechen. Er ordnete an, daß bis auf weiteres die Botschaft unter polizeilichen Schutz gestellt und ein Doppelposten vor dem Gebäude aufgestellt wird.

## Wieder ein Klassenurteil gegen die Arbeiterstimme

Genosse Spengler zu 500 Mark Geldstrafe oder 25 Tagen Gefängnis verurteilt

Gestern fand vor dem Landgericht die Verurteilung Genossen Spengler, der kürzlich wegen Verleumdung des ehemaligen Kriegsgeschichtswissenschaftlers Dr. Müller zu vier Wochen Gefängnis verurteilt wurde, statt. Nach längerer Verhandlung wurde obiges Urteil gefällt. Nach Vergleich dieses Klassenurteils mit dem kürzlich gegen den wegen schwerer Körperverletzung angeklagten Brügelhaffen Sidmann gefällten.

## Koalition in Württemberg

Stuttgart, 7. Juni. (Eig. Drahtbericht.)  
Die Demokraten Württembergs nahmen heute zur Regierungsbildung Stellung. Sie sind noch wie vor in der Regierungsbildung für eine Große Koalition, auch in Württemberg, einmütig.

## Dreimal vom Zuge überfahren

Vimbung a. d. R. Am Emmericher Tunnel stürzte vor einem in voller Fahrt befindlichen Güterzug der Zugführer ab, ohne daß der Unfall von dem Fahrpersonal bemerkt wurde. Der glückliche Fall zwischen Tunnelwand und Schienen zu liegen, hatte jedoch die Geistesgegenwart, sich sofort flach auf den Boden zu drücken, so daß der Zug über ihn hinwegfuhr. Er erlitt bei dem Sturz einen Arm- und Beinbruch zugezogen hatte, mußte er 1 Stunde lang in seiner gefährlichen Lage verbleiben. Während dieser Zeit brachten noch zwei weitere Züge über den Schwererleuten dahin. Als schließlich das Fahrpersonal des Güterzuges auf das Verschwinden des Zugführers aufmerksam wurde und ein Beamter die Strecke absuchte, fand man den Unglücklichen in seiner Todesangst endlich auf.

## Schiedsstat einer anscheinend geisteskranken Mutter

Berlin. Eine anscheinend geisteskranke Frau warf am Mittwochmorgen zwei ihrer Kinder an der Wallstraße in die Spree. Als sie auch das dritte laut schreiende Kind in das Wasser werfen wollte, sprangen Leute hinzu und retteten dieses Kind. Die beiden anderen Kinder konnten noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach einem Krankenhaus gebracht werden. Die Mutter und das dritte Kind nahm die Polizei zunächst in Schutzhaft.

## Blutige Streikunruhen in rumänischen Bergwerken

Bukarest. In den Bergwerken von Petroşani und Lupeni kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Arbeitern und den zur Unterdrückung eines ausgebrochenen Streiks entsandten Truppen. Es hat dabei mehrere Tote gegeben.

## Druckfehlerverweigerung

„Jörgel bedt den Volkseidland!“ muß natürlich heißen: Das zu muß man jetzt auch in die Reichsregierung (Reichswehr) gehen!

Wer war Eugen Levine? / Von Willy Keller

Die Junifronne stand hoch am Firmament. Die Sonne un-

Schneppenhort und einige Literaten „machen am armen



Eugen Levine

heut, wie der Meister ihn schalt. Morgens auf dem Wege zur

Gorki kommt! / Von Andrei Kofstowzoff Leningrad

An der Grenze

Pölnisch-lowjetrische Grenze. Grenzstation Peregorowoje.

Unter den Klängen der „Internationale“ hält der polnische

Es lebe Gorki, der Proletendichter! ertönt es wieder aus

Den Hammenenden Willkommenrufen entbieten Delegierte der

Gorki, tief ergreifen ... in seinen Augen erglänzen Tränen

Die Eindrücke vom jungen Sowjetrußland, die auch mich ein-

Der Zug geht unter den Klängen der „Internationale“

In Winsk

Auf dem Bahnhofsperon wieder eine vielstausendköpfige

Den ersten Willkommensgruß entbietet der wehrkräftige

Gorki, der bekanntlich ein „holpriger“ Redner ist, kann voll

„Wir fehlen die Worte, um meine Begeisterung auszu-

In Moskau

Feistliches Gewoge auf dem Bahnhof der wehrkräftig-bal-

Eine Ehrenkompanie der Roten Armee, eine Pionier-

Am 10. Uhr 10 Minuten läutet der leuchtende und pfeifende Zug

Gorki tritt, von seinen Freunden umringt, aus dem Zuge

Gorki tritt, von seinen Freunden umringt, aus dem Zuge

Tausende von Arbeiterkrippen, Rücken, Hüften fliegen hoch

Gorki kann lange kein Wort hervorbringen. Man fühlt es,

„Ich bin ein schlechter Redner und kann keine zündenden

Recht es mir nicht übel ... schlecht Gorki ... daß ich besser

Die Begeisterung der umstehenden Menge erreicht ihren

Die wogende Menschenmenge begleitet mit langanhaltenden

Nach noch in Berlin nicht gemeldet. Die Partei hat ihm ja

Otto drückte Karl fest und kräftig die Hand. Ich will mit-

Gorki kommt! / Von Andrei Kofstowzoff Leningrad

Gorki auf der 10-Jahr-Feier der Sverdloff-Universität

Festhaltung im Großen Theater anlässlich der Deklamation

Langanhaltende, stürmische Ovationen. 10 bis 12 Minuten

Die Sverdloff-Studenten werden von den Gen. Bucharin,

Wieder nicht endenwollende Ovationen, die Gorki lange

„Begrüßt es, Genossen - die Stimme verlagert hierbei -

Ich, der ich als Beherrscher des Wortes gelte, muß es auch

Grüß an Leningrad

Einem Mitarbeiter der Krasnaja Gorketa (Rote Zeitung)

„Ich weiß es noch nicht, wann ich nach Leningrad komme.

Ich bitte die Vertreter der Presse um Entschuldigung, daß

Ich weiß es nicht, ob jemals irgendwo und irgendwann Schrift-

„Ich bitte die Vertreter der Presse um Entschuldigung, daß

„Ich bitte die Vertreter der Presse um Entschuldigung, daß

„Ich bitte die Vertreter der Presse um Entschuldigung, daß

„Ich bitte die Vertreter der Presse um Entschuldigung, daß

„Ich bitte die Vertreter der Presse um Entschuldigung, daß

„Ich bitte die Vertreter der Presse um Entschuldigung, daß

„Ich bitte die Vertreter der Presse um Entschuldigung, daß

„Ich bitte die Vertreter der Presse um Entschuldigung, daß

„Ich bitte die Vertreter der Presse um Entschuldigung, daß

„Ich bitte die Vertreter der Presse um Entschuldigung, daß

„Ich bitte die Vertreter der Presse um Entschuldigung, daß

„Ich bitte die Vertreter der Presse um Entschuldigung, daß

„Ich bitte die Vertreter der Presse um Entschuldigung, daß

„Ich bitte die Vertreter der Presse um Entschuldigung, daß



Ankunft Gorkis in Moskau

hin jeglichem Dunkel fern und glaube nicht daran, daß meine

„Ich bitte die Vertreter der Presse um Entschuldigung, daß

„Ich bitte die Vertreter der Presse um Entschuldigung, daß

„Ich bitte die Vertreter der Presse um Entschuldigung, daß

„Ich bitte die Vertreter der Presse um Entschuldigung, daß

„Ich bitte die Vertreter der Presse um Entschuldigung, daß

„Ich bitte die Vertreter der Presse um Entschuldigung, daß

„Ich bitte die Vertreter der Presse um Entschuldigung, daß

„Ich bitte die Vertreter der Presse um Entschuldigung, daß







# Ausschlussverfahren wegen Verbreitung einer kommunistischen Tageszeitung

## Metallarbeiter, macht endlich Schluss!

Die Beratungen der Bundeseinheitlichen Metallarbeiter-Vereinigung des DMB hat gegen den Kollegen Hermann Häselhuhn ein Ausschlussverfahren eingeleitet, weil er während des mitteleuropäischen Metallarbeiterkongresses die kommunistische Tageszeitung Tribüne unter den stehenden Metallarbeitern verbreitet hatte.

Nun hat ein Verbandschiedsgericht getagt. Den Vorsitz führte der Bitterfelder Volksmachtige, Leben, der mit den Stimmen der sozialdemokratischen Verbandsführung von Thale und Schönebeck dem Verbandsvorstand den Ausschluss Häselhuhns empfahl.

Dieser neue unerhörte Fall zeigt, daß die DMB-Führung ihre Spaltungsmassnahmen auf die Spitze treiben wollte. Sie wollen die proletarische Demokratie im Verband restlos vernichten und gehen immer hemmungsloser in offenen politischen Maßnahmen über. Wenn die Verbreitung einer kommunistischen Tageszeitung schon als Verbrechen gestempelt wird, so ist das offene parteipolitische Terror der SPD-Führung.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer verfolgen gerade jetzt, nach dem kommunistischen Wahlerfolg, das Ziel, innerhalb der Gewerkschaften die sozialdemokratischen Arbeiter gegen die kommunistisch gesteuerten Mitglieder zu heben. Sie heben die Provokationen gegen die Opposition, weil sie die Opposition und ihre Wortführer von den übrigen Mitgliedern trennen wollen. Weil es ihnen immer weniger gelingt, eine unüberwindliche Mauer des Hasses zwischen den Arbeitern aufzurichten, arbeiten die reformistischen Führer auf die organisatorische Spaltung der Gewerkschaften hin.

Die oppositionellen Arbeiter müssen dieses Ziel der reformistischen Führer erkennen, um ihre Rechnung zu durchsetzen. Die aktive Vorhut der Opposition läßt sich nicht von den Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter abtrennen. Gerade jetzt ist es notwendig, daß die Arbeiter eine geschlossene Front gegen das Unternehmertum bilden und in der Opposition eine wirksame und entschlossene Führung haben. Darum soll keine Spaltung der sozialdemokratischen Führer ereichen, die ein Aufheben der Arbeiter eintritt. Kein einziger Arbeiter wird freiwillig aus der Gewerkschaft aus, trotz der frechen Provokationen der SPD-Führung.

Aber es muß gelingen, die breiten Mitgliedermassen des DMB gegen die spalterischen Maßnahmen der Leitung zu mobilisieren. Viele Mitglieder bieten den Versammlungen fern, weil sie durch das Auftreten der reformistischen Führer angeekelt worden sind. Es muß diesen Kollegen klargemacht werden, daß ihre Fernbleiben falsch ist und daß im Kampf gegen den reformistischen Spaltungskurs jeder Arbeiter gebraucht wird. Auch bei den bevorstehenden Verbandsversammlungen muß ein Massenvotum gegen die Spaltungspolitik zustandekommen. Eine Wahlenthaltung darf nicht mehr geduldet werden.

Jeder Arbeiter, der den geschlossenen Kampf gegen das Unternehmertum will, der seinen Kampf von Arbeitern gegen Arbeit will, der gegen die Spaltungsmassnahmen und für die proletarische Demokratie ist, geht zur Verbandstagwahl und stimmt für die Kandidaten der Opposition.

## Oppositionserfolg im Graphischen Hilfsarbeiterverband

Bei der Wahl der Vertreter zum Verbandstag der Graphischen Hilfsarbeiter im Gau Leipzig erlitten die Reformisten eine Niederlage. Besonders die größten Kommunitäten, die Grunthal, Luther und Seifarth, mußten ihre Schereien gegen die Opposition damit büßen, daß sie nicht als Vertreter gewählt wurden. Den Reformisten gelang es zwar, für drei Kandidaten die sie an die Spitze der Liste gestellt hatten, die höchste Stimmenzahl zu erreichen, aber die übrigen erzielten weniger Stimmen als die Opposition. Die Höchststimmenzahl, die abgegeben wurde, war 2526, die Höchststimmenzahl für die Vertreter der Opposition 1915, die auf den Genossen Pindner entfiel. Ihm folgte als fünfter der oppositionelle Kollege Sprenger, der es auf 1867 Stimmen brachte, und dann Genosse Horn mit 1848 Stimmen. Nach diesen erst folgten die weissen Kandidaten, die von der reformistischen Leitung aufgestellt wurden. Grunthal, der altbekannte Renegat, brachte es nur auf 1630 Stimmen und fiel durch.

Das Wahlergebnis zeigt, daß die Opposition marschiert. Trotz aller angewandten Demagogie und trotzdem die Vertreter der Opposition am Ende der Liste standen, wurden drei ihrer Vertreter gewählt.

## Der Schlichter diktiert unbezahlte Sonntagsarbeit für Angestellte

Für die Angestellten des Ruhrbergbaues wurde ein Schiedsgericht gebildet, der neben einer ungenügenden Gehaltserschöpfung die unerhörte Bestimmung enthält, daß die technischen Angestellten über Tage an zwei Sonn- oder gesetzlichen Feiertagen im

Monat ohne besondere Bezahlung in Prüftätigkeiten herangezogen werden können. Der Paragraf lautet:

„Verbindlich für die Führung des Schlichters ist, daß er in dem entscheidenden Moment, das heißt als einmündiges Mitglied, das sein Schiedspruch mit Zustimmung auch nur einer der beiden Beiderparteien unangetastet wurde, mit den Arbeitgebenden Vertretern die Formulierung des von ihm beabsichtigten Schiedspruches eingehend erörtert, während die Angestelltenvertreter dabei ausgeschlossen wurden.“

Das ist also der „Eugen“ der Schlichtungsordnung die eine Koalitionregierung erlassen hat und für deren Antrechterschaft heute die SPD eintritt. Mit Hilfe des Schlichtungsorgans werden die Angestellten Schritt für Schritt in die Zustände und in die Rechtlosigkeit der wilhelminischen Zeit zurückgetrieben, nur mit dem Unterschied, daß sie in ihrer gesamten Lebenshaltung noch viel mehr proletarisiert sind als damals.

Wenn die Schlichter den Angestellten schon unbezahlte Sonntagsarbeit diktieren, so widerlegt das am besten den Schwindel der SPD-Führer, die behaupten, daß das Schlichtungsorgan für die schwächeren Berufsgruppen Vorteile bringe.

## Wichtige Zahlen aus dem „ABRW“

Das Problem der Erwerbslosigkeit und die Statistik über diese Frage wird in der Tagespresse nur wenig behandelt. Im allgemeinen herrscht der Eindruck, als ob nur noch ein paar Tausend Erwerbslose vorhanden sind und durch Unterstützung genügend vor dem Hunger geschützt sind. Die amtliche Statistik meldet auch nur die Zahl dieser, die Hauptunterstützung oder Arbeitsunterstützung erhalten.

Ende April wurden noch 1.385.317 Arbeitslose gezählt, aber 729.329 erhielten Erwerbslosenunterstützung, 162.403 wurden von der Arbeitsunterstützung erhalten. Die Arbeitsunterstützung war die Karikatur einer Erwerbslosenunterstützung, kann nicht mehr abgegrenzt werden.

493.185 Erwerbslose erhielten am 30. April keinerlei Unterstützung, indem nicht die Vorkasseämter mehr oder weniger regelmäßig ein paar Mark Unterstützung zahlten. Diese halbe Million Arbeitsloser werden weder in der sozialdemokratischen, noch in der bürgerlichen Presse erwähnt.

7.431.000 Mark kostete im Monat März der Verwaltungsapparat der Reichsanstalt.

Im Durchschnitt entfielen auf jeden Beschäftigten 1,68 M. pro Monat Einnahme.

Interessant ist die Verteilung der Erwerbslosen auf die verschiedenen Unterstützungsklassen. Hierbei zeigt es sich, daß besonders die Frauen von dem ABRW am härtesten betroffen werden. Hier tritt der Unterbauabbau am stärksten hervor. Der größte Prozentsatz der Männer werden in

Gruppe	Prozent	Personen
1	7,4	890
2	12,4	1480
3	17,1	2050
4	17,1	2050
5	15,1	1815

unterstützt. Nur 8,1 Prozent erhalten in Gruppe 11 = 22.06 M. Unterstützung.

Ganz anders bei den Frauen:

Gruppe	Prozent	Personen
1	6,5	780
2	11,1	1330
3	16,5	1980
4	26,2	3140
5	20	2400
6	11	1320

Nur 0,5 Prozent, das sind 685 Frauen von 143.022, erhalten in Gruppe 11 Unterstützung.

Die amtliche Unterstützung ist so unvollkommen, daß nach nicht einmal festgestellt werden kann, ob die aus der Unterstützung Auscheidenden zu Arbeit vermittelt werden, oder was wahrscheinlicher ist, ohne Unterstützung erwerbslos bleiben.

Die gegenwärtige Periode der guten Konjunktur wird nicht von langer Dauer sein. Hunderttausende von Arbeitern werden dann dem ABRW ausgeliefert werden.

## Metallarbeiter-Verbandstag

Freitag, den 8. Juni, 19 Uhr, im Brandenburger Hof, Berliner, Ecke Peterstraße.

Fraktions-Vollversammlung Tagesordnung: 1. Stellung zum vergangenen Wirtschaftskampf; 2. Durchführung der Propaganda zur Verbandstagwahl. — Erscheinen eines jeden kommunistischen Metallarbeiters ist Pflicht. Die Zellenleitungen haben für das Erscheinen der Zellenmitglieder Sorge zu tragen.

# EJUS

ROMAN VON LAWRENCE H. DESBERRY

(10. Fortsetzung.)

„Sie denken nun bei sich: „Dass ich diesem Menschen wirklich vertrauen?“ nicht wahr?“ fragte O’Keefe lächelnd.

„Das Mädchen nicht. „Sie dürfen mir nicht böse sein, Herr O’Keefe. Aber...“ Sie stotte, starrte den Reporter abermals hilflos an.

Auf diese Art können wir den ganzen Vormittag hier sitzen und nicht weiterkommen, dachte O’Keefe ungeduldig, ich muß sie terrorisieren. Laut sagte er: „Berzählen Sie, aber meine Zeit ist bemessen. Wenn Sie sich nicht entschließen können, mir zu vertrauen.“ Er erhob sich.

Das Mädchen packte ihn beim Arm. „Nein, nein! Bitte, gehen Sie nicht fort. Ich will... ich werde...“ Sie biß sich auf die Lippen, atmete tief. O’Keefe lehnte sich von neuem neben sie. Das Mädchen verbarnte nach einem Augenblick schweigend, legte dann unermittelt, rasch, gleichsam sich selbst anpreisend: „Ich bin Freds Ruffine, Ethel Bright.“

O’Keefe nickte. „Das dachte ich mir!“

„Wie kamen Sie auf den Gedanken?“

„Fred sprach von Ihnen.“

„Ist das ein Monogramm mit den Buchstaben E.B.“

Ethel lächelte, dann aber meinte sie ernst: „Es fällt mir äußerst schwer, Ihnen das zu sagen, was ich sagen will. Die meisten Menschen würden mich entweder auslachen oder für verrückt halten...“

Wieder verstummte sie und O’Keefe konnte kaum einen leisen Seufzer der Ungeduld unterdrücken.

Ethel bemerkte es und um half ihr die Angst. O’Keefe konnte fortgehen, ehe sie mit ihm gesprochen habe, die Scheu vor dem Reden zu überwinden.

„Sprach Ihnen Fred je von Onkel John, von seinem Vater?“

„Ja. Der Tod des alten Mannes war für Fred ein harter Schlag.“

„Onkel John ist nicht tot.“

„Wie?“ O’Keefe starrte Ethel verständnislos an.

Das Mädchen wiederholte tonlos, wie im Schlafe sprechend: „Onkel John ist nicht tot.“

„Aber liebes Fräulein Bright! Ihre Mutter berichtete doch Fred über den Tod seines Vaters. Und Fred sah auf dem Friedhof den Namen John Bright auf dem Grabstein.“

„Onkel John lebt!“ beharrte Ethel. „Jemand liegt da draußen begraben, irgend jemand, aber nicht Onkel John. Der lebt.“

„Aber was in aller Welt bringt Sie auf diesen Gedanken, Fräulein Bright?“

„Ich sah Onkel John, sah ihn zweimal,“ erwiderte Ethel. O’Keefe schneckte auf. „Das ist doch unmöglich. Sie müssen sich geirrt haben, eine Verhällniss.“

„Ich sah ihn zweimal,“ entgegnete Ethel. „Und das eine Mal sprach ich sogar mit ihm.“

„Wann war das?“

„Das erstemal sah ich ihn vor etwa zwei Monaten in Tallahassee.“

„In dieser Stadt soll er doch gestorben sein?“

„Ja, wir fuhren spazieren aufs Land hinaus. In der Vordstadt sah ich ihn.“

„Stellen Sie das Auto an?“

„Nein, ich ersehne so sehr, daß ich ohnmächtig wurde.“

„Und das zweitemal?“

„Gehearn im Zentral-Park.“

„Sie sprachen mit ihm, nannten ihn bei seinem Namen?“

„Ja.“

„Und er?“

„Er sagte, daß er mich nicht kenne.“

„Dann müssen Sie durch eine Verhällniss getäuscht worden sein.“

„Zweimal? In Tallahassee und hier?“

„Das klingt recht unwahrscheinlich, aber nicht unwahrscheinlicher, als daß Tote aus dem Grabe auferstehen.“

„Er ist nicht tot! Nein, schauen Sie mich nicht so an, ich bin nicht verrückt, noch nicht.“

„Sie wollten Fred berichten, daß Sie glauben, seinen Vater gesehen zu haben?“

„Ja. Und ihn bitten, mit mir in den Zentral-Park zu kommen. VIELLEICHT SIE DER ALTE MANN HEUTE WIEDER DORT. ABER ICH SIEH FRED VERREIST UND ICH WEISS NICHT...“

„Sprechen Sie mit Ihren Eltern über die Angelegenheit?“

„Ja. Aber sie lachten mich aus, sagten, ich sei hysterisch.“

Ethel begann plötzlich zu schluchzen, stierte am ganzen Körper. Ich habe solche Angst, Herr O’Keefe! Nein, nicht für mich, sondern für ihn, für Onkel John; ich liebe ihn sehr. Er war immer gültig zu mir und anders als die andern. Und ich habe das Gefühl, es drohe ihm eine Gefahr.“

Sehr bald werden die Arbeiter erkennen, daß auch dieser Heilmittel der Arbeiter unter der Führung der SPD nicht im geringsten die Anforderungen der Arbeiter erfüllen wird.

Die Wahlbesprechungen der SPD waren nur auf Stimmenjagd beschränkt. Nur die WPF wird auch nach dieser Wahl atonlos und klar den Kampf für die Erwerbslosenunterstützung führen, so wie sie im Kopendagener Beschluß 1910 formuliert wurde.

## Beseitigung der Hungerzölle und Massensteuern

### Freiheit für Konsumvereine

Die aus Zöllen und Massensteuern eingehenden Einnahmen des Reiches belaufen sich jährlich mit über 200 Mark. In den Zoll- und Steuereinnahmen des Reiches drückt sich aber keineswegs die volle Belastung der wertschöpfenden Produktion aus. Die Lebensmittelzölle bewirken eine Steigerung der Preise für die in Deutschland erzeugten Agrarprodukte von jährlich mindestens 1 bis 3 Milliarden, die das deutsche Volk jährlich als Tribut an die Großagrarier zu zahlen hat. Die gleiche Wirkung haben natürlich auch die Industriezölle, die sich in vollem Maße auf die Inlandspreise für inländische Verbrauchsgüter auswirken und den unverkäuflichen Preiswucher der Monopole möglich machen. Durch die Industriezölle in Verbindung mit der Ausnutzung der Monopolmacht werden die deutschen Industrieprodukte im Ausland billig verkauft auf Kosten der schaffenden Volkschichten in Deutschland.

Die Zoll- und Steuerpolitik und der Preiswucher der kapitalistischen Monopole machen die geringen Erfolge der Lohnkämpfe immer wieder illusorisch und deshalb muß die Arbeiterklasse gleichzeitig mit dem Kampf um höhere Löhne den Kampf gegen den Preiswucher, gegen Hungerzölle und Massensteuern führen. Von dem Wahlerfolg der SPD und von dem Eintritt sozialdemokratischer Führer in die Reichsregierung erwarten viele sozialdemokratische und andere Arbeiter, die am 20. Mai SPD gewählt haben, einen Abbau der Hungerzölle und eine Erleichterung des Steuerdrucks. In kürzester Zeit werden alle, die solche Hoffnungen wegen um diese armer sein. Die sozialdemokratischen Führer denken nicht daran, ihre vor der Wahl gerade in dieser Hinsicht gemachten Versprechungen einzuhalten, weil sie wissen, daß dies in einer Koalition mit der Bourgeoisie unmöglich ist. Das wird sie aber nicht abhalten, ihr Doppelspiel weiterzutreiben. Dabei und die sozialdemokratischen Führer nicht nur der Unterstützung der reformistischen Gewerkschaftsführer über, sondern auch der Genossenschaftsführer.

Auf dem Genossenschaftstag, der vom 11. bis 13. Juni in Dresden stattfindet, werden die reformistischen Genossenschaftsführer auch wieder mit Worten gegen die Sozialkassen „kämpfen“. Weil sie „neutral“ sind, lehnen diese Leute eine Teilnahme an den Massensteuern „grundsätzlich“ ab. Die Opposition wird auf dem Genossenschaftstag in Dresden Gelegenheit nehmen, die Hoffnungen, die auf die kommende sozialdemokratisch bürgerliche Regierung und auf den letzten Reichstag gesetzt werden, zu zerstreuen und nachzuweisen, daß der Kampf gegen die Hungerzölle und Massensteuern im Rahmen des allgemeinen politischen Kampfes der Arbeiterklasse als außerparlamentarischer Massenkampf geführt werden muß. Das Auftreten der Opposition auf dem Genossenschaftstag gilt der Mobilisierung der genossenschaftlichen Mitglieder und der Eingliederung der Konsumvereine in die proletarische Kampffront.

Die reformistischen Genossenschaftsführer werden aber auch in Dresden die Frage beantworten müssen, ob sie bereit sind, für bestehende Forderungen der Konsumvereine die Genossenschaftsmitglieder im außerparlamentarischen Kampf in Bewegung zu setzen. Mit der Bekämpfung der Konsumvereine von der Gewerbe- und Umkehrsteuer, der unbeschränkten zollfreien Einfuhr von Getreide wird die Opposition in Verbindung mit der vollständigen Beseitigung der Lebensmittelzölle, deren fortschreitenden Herabsetzung und bis zu dem Zeitpunkt des vollständigen Abbaues des Rechts der zollfreien Einfuhr für alle Nahrung- und Konsumprodukte für die Großindustrie und den deutschen Konsumvereine zur Bedarfsdeckung der ihr angeschlossenen Konsumvereine fordern.

Schon heute kann man sagen, daß die reformistischen Führer auf dem Genossenschaftstag in Dresden wie überall und immer, jeden ernsthaften Kampf für die vitalen Interessen der Konsumvereine und ihrer Mitglieder verabsäumen und die Forderungen der Opposition mit einer wüsten Heße beantworten werden. Der Genossenschaftstag in Dresden wird die reformistischen Führer wieder in ihrer Rolle als Verbündete der Feinde der Arbeiterklasse zeigen und dazu beitragen, daß die Desillusionierung der Genossenschaftsmitglieder fortzuschreiten, die noch nicht von dem Glauben an Stimmzettel-demokratie, Parlamentarismus und dem Segen der sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalition befreit sind. Der proletarischen Opposition in den Konsumvereinen ermöglicht daraus die Pflicht, mit verstärkter Kraft die Massen der Genossenschaftsmitglieder zu aktivieren und zu mobilisieren für den außerparlamentarischen Massenkampf zur Konsumvereine- und Bekämpfung der Werttätigen.

Verantwortliche Redakteure für Druck und Material: Rudolf Renner; für Verlags- und Vertriebsabteilung: Richard Spang; für den Vertriebsabteilung: Arthur Buerke; für den Vertriebsabteilung: Berlin, Dresden, Verlagsabteilung — Druck: „Kosmos“ Druckerei Dresden

O’Keefe schweig und dachte einen Augenblick angestrengt nach. War Ethel Bright hysterisch oder hatte sie tatsächlich John Mannister gesehen? Die Sache war äußerst geheimnisvoll; er mußte ihr unbedingt auf den Grund gehen.

„Am welche Zeit haben Sie gestern den alten Mann?“ fragte er.

„Gegen fünf Uhr.“

„Ich werde heute um fünf Uhr im Zentral-Park sein. Können Sie hinkommen?“

„Ja.“

Ethel schickte verriet Erleichterung. „Ich bin so froh, daß Sie mir helfen wollen, Herr O’Keefe. Bin selbst so hilflos, verliere gleich den Kopf. Ich danke Ihnen.“

„Danke Sie mir erst, wenn das Rätsel gelöst ist, Fräulein Bright. Ich glaube, es ist ratsamer, Mannister noch nicht zu benachrichtigen. Wir wollen abwarten, was der alte Mann im Zentral-Park zu sagen hat.“

Ethel nickte. Sie nahmen voneinander Abschied. Als O’Keefe das Hotel verließ, trat aus einer Nebentür ein hagerer junger Mensch, der dem Reporter nachging und ihn nicht aus den Augen verlor, bis dieser die Wohnung seiner Freunde erreicht hatte. O’Keefe bog sich ins Haus. Der hagerer Mann betrat ein gegenüberliegendes Geschäft, setzte sich an einen beim Fenster stehenden Tisch und bestellte eine Tasse Tee.

Nach der fünf Uhr trafen Ethel Bright und Brian O’Keefe einander am Hauptplatz des Zentral-Parkes. Das Mädchen war sehr blaß und sichtbar erregt; O’Keefe hingegen schien sehr ruhig; nur der gespannte Ausdruck seines Gesichtes verriet, daß seine Gelassenheit nicht ganz echt war.

Sie schritten die breiten Kieswege des Parkes entlang. Als sie zu einem kleinen Teich kamen, auf dem weiße Schwäne majestätisch dahinschwammen, packte Ethel den Arm ihres Begleiters.

„Da ist er!“

O’Keefe sah an der Wand vor dem Teich einen alten Mann sitzen, der mit kindlichem Interesse die Schwäne beobachtete.

„Gehen Sie hin,“ gebot er dem Mädchen, rufen Sie ihn bei keinem Namen.“

Ethel gehorchte; „Onkel John, lieber Onkel John!“

Der alte Mann hob den Kopf, lächelte freundlich und sagte: „Ich kenne Sie nicht.“

O’Keefe trat näher: „Dürfen wir uns zu Ihnen setzen?“

Der alte Mann nickte: „Freilich.“

(Fortsetzung folgt.)

# Die Konsumgenossenschaftliche Jubiläumswache



## III Sie wird eingeleitet durch den von uns für Sonntag den 10. Juni 1928 geplanten **Werbe-Festzug**

(mehr als 40 Werbewagen, 20 Musikkapellen, 20 Spielmannszüge).

Zur Teilnahme an dem Werbe-Festzug sind alle Mitglieder unserer Genossenschaft und ihre Angehörigen herzlichst eingeladen.

Für die Teilnehmer am Festzuge, auch für die Kinder, ist aus den Verteilungsstellen ein Werbe-Festzug-Abzeichen zum Preise von 10 Pfennig je Stück zu entnehmen. Dieses Festabzeichen gibt den Werbe-Festzug-Teilnehmern die Berechtigung zum freien Eintritt in die Jahresschau „Die Technische Stadt“. — Nach der Auflösung des Werbe-Festzuges im Ausstellungsgelände findet im Konzertgarten der Jahresschau, nach 4 Uhr beginnend, ein

## III **Großes Festkonzert mit Gesangsvorträgen**

ausgeführt vom Philharmonischen Orchester, dem Volksmännerchor und dem Buchdrucker-Gesangverein, statt. — Für die Kinder der Genossenschaftsmitglieder sind im Ausstellungsgelände eine unentgeltliche Stärkung, verschiedene Belustigungen und Bewegungsspiele unter der Leitung von Mitgliedern des Vereins der Kinderfreunde vorgesehen.

Nach Eintritt der Dunkelheit:

## III **Große Illumination**

Für die Aufstellung des Werbe-Festzuges sind folgende Straßen und Plätze vorgesehen: Feldherrenstraße, Hindenburgstraße, Blumenstraße, Hopfgartenstraße, Zahberg, Terschneckstraße, Dürrerstraße, Blasewitzer Str., Föllnerstraße, Trinitatisstraße und Holbeinstraße. Der Abmarsch des Werbe-Festzuges beginnt um 2 Uhr nachmittags. Der Zug berührt die nachstehenden Straßen und Plätze: Sachsenplatz, Marschallstraße, Rathenauplatz, Carolabrücke, Albertstraße, Albertplatz, Hauptstraße, Neustädter Markt, Augustusbrücke, Theaterplatz, Sophienstraße, Postplatz, Wildstruffer Straße, Altmarkt, Johannstraße, Birnaische Straße, Lennestraße, Ausstellungsgelände.

Den Anweisungen der mit einer Binde versehenen Ordner ist während der Aufstellung und des Marsches des Werbe-Festzuges unbedingt Folge zu leisten.

Der Werbe-Festzug soll nicht nur die glänzende Entwicklung der Konsumgenossenschaftsbewegung zeigen, sondern er soll auch die Kraft und die Macht der zusammengeschlossenen Verbraucher erkennen lassen. Deshalb

## Mitglieder, heraus zur Tat — Uns gehört die Zukunft!

KONSUMVEREIN

# VORWÄRTS